

IM BLICKPUNKT

Linke wartet auf Antworten

Diskussion um Lent-Kaserne

ROTENBURG • Die Partei „Die Linke“ wirft der Bundesregierung und insbesondere dem Bundesverteidigungsministerium vor, sich „aus politischen Gründen“ um eine Stellungnahme zur möglichen Umbenennung der Rotenburger Lent-Kaserne zu drücken. Bereits für den 28. April hätte es nach den Bundestagsstatuten eine Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion geben müssen, diese sei aber nun bereits zum zweiten Mal verschoben worden, mittlerweile auf den 29. Mai. Die innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke: „In der Kleinen Anfrage erkundige ich mich danach, ob die Bundesregierung eine Umbenennung der Kaserne befürwortet. Ihr Namensgeber, Oberst Helmut Lent, gehörte zur Mehrheit jener Hitler-treuen Wehrmachtsoffiziere, die noch 1944 mit Durchhalteparolen zur Verlängerung der NS-Terrorherrschaft beigetragen haben.“

Soldaten wollen sich äußern

Offenbar kommt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Affäre um den rechtsextremen Soldaten Franco A. und die erneut aufgedeckten Fälle von Wehrmachtsverherrlichung in der Truppe jetzt ins Schwitzen, heißt es von der Linken. Jelpke: „Ein weiterer, nicht ausgesprochener Grund für die Verschleppung: Noch in diesem Monat wird am Standort Rotenburg die Entscheidung der Belegschaft über die Umbenennung erwartet. Dass die Bundesregierung vorher nicht selbst Stellung beziehen will, zeugt von anhaltendem Führungsversagen. So schwierig sollte die Frage, ob die Bundeswehr an einem Nazi-Soldaten als Traditionsgeber festhält, doch eigentlich nicht sein.“ Die schwarze Bundesregierung habe die Verschiebung der Antworten damit begründet, „dass noch weitere umfangreiche Abstimmungen insbesondere mit dem nachgeordneten Bereich des Bundesministeriums der Verteidigung erforderlich“ seien. • mk